L1 Leitantrag: Berlin in unseren Händen

Gremium:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin
Beschlussdatum:	24.10.2026
Tagesordnungspunkt:	8. Leitantrag

Antragstext

Zeit für Inhalte: Wie wir als Verband unser Berlin gestalten

In Berlin herrscht Aufbruchstimmung. Das letzte Jahr war geprägt von Wahlkampfständen, Kampagnen und Verhandlungen, um linke Mehrheiten zu gewinnen. Die Wahlen haben uns gezeigt, dass der Wunsch nach fundamentalem Wandel in Berlin ungebrochen ist. Das gibt uns und unseren Bündnispartner*innen Hoffnung und Bestätigung in unserer Arbeit. Die Vergangenheit hat uns jedoch gezeigt: Wandel passiert nicht nur durch das Zeichnen von Utopien oder das Besetzen von parlamentarischen Sitzen. Wandel passiert, wenn wir die Stadt zurückerobern.

Hoffnung verstehen wir nicht als passives Warten, sondern als radikale Tatkraft. Die neu gewonnenen politischen Mehrheiten, die aktuelle Lage unseres Verbands und die Inhalte, die wir aus der Opposition heraus erarbeitet haben, wollen wir nun miteinander vereinen. Wir wollen ein Berlin gestalten, das uns allen, unabhängig von Vermögen, Geschlecht oder Herkunft, gehört.

Unser Berlin: Macht vorm Brandenburger Tor, Druck im Abgeordnetenhaus

Das Vertrauen vieler Berliner*innen in rein institutionelle Politik wurde verspielt. Die Erfahrungen mit progressiven Regierungsmehrheiten zeigen, dass Forderungen unserer Bündnispartner*innen nicht automatisch umgesetzt werden, nur weil sie im Koalitionsvertrag niedergeschrieben wurden. Deshalb rücken wir die Straße wieder ins Zentrum unseres Handelns.

Die traditionelle Doppelstrategie der Grünen Jugend, ein Verbindungspunkt zwischen Straße und Parlament zu sein, soll mit unseren Votenträger*innen im AGH gefestigt werden. Die Straße soll dabei das wichtigste Korrektiv einer progressiven Regierung bleiben. Denn parlamentarische Einbindung darf nicht zu Konformität führen, sondern muss als verlängerter Arm von sozialen Bewegungen in Regierungsarbeit dienen.

Als Grüne Jugend Berlin unterstützen wir demokratiestärkende Proteste, die frei, laut und stachelig an bestehenden Machtverhältnissen rütteln. Wir unterstützen weitreichende Streiks und bauen so den notwendigen Druck auf die Entscheidungsträger*innen auf. Unsere Aufgabe ist es, jungen Menschen Gehör zu verschaffen, ihre Probleme ernst zu nehmen und die politische Verantwortung derer einzufordern, die in den Machtzentren, gerade hier in Berlin, sitzen.

Wir blicken dabei bewusst auf die aktuellen Schüler*innenproteste in Frankreich. Die europaweiten Proteste sind kein isoliertes Phänomen, sondern Teil einer globalen Welle des Widerstands gegen Austerität, Prekarisierung und politische Entmachtung junger Menschen. Durch diese Bewegungen entsteht ein neues Klassenbewusstsein, das die Frage stellt, wem Städte, Ressourcen und Zukunft eigentlich gehören. Berlin, als Schmelzpunkt von diversen linken Bewegungen, mit seiner Nähe zu den Ostbundesländern und, muss Teil dieser Energie sein und sie weiter anfachen. Es liegt an Akteur*innen wie der Grünen Jugend, diese

Ressourcen zu nutzen und in der neuen Legislaturperiode aus Vernetzung zwischen Parlament und Staße mehr als nur Symbolpolitik zu machen.

Inhalte (kramt die Beschlüsse der letzten 5 Jahre aus, sie sind aktueller denn je)

Beim Verbandstag im Herbst haben wir viel über die Zukunft der Grünen Jugend Berlin diskutiert. Diese Ergebnisse gießen wir jetzt in die Form eines Beschlusses, um aus Debatten Konsequenzen zu ziehen.

Wohnen ist keine Ware, Pflege ist politisch
'Deutsche Wohnen & Co enteignen' wurde 2021 per Volksbegehren beschlossen. Heute arbeitet die Bewegung eng mit Mieter*innenverbänden zusammen und hat gemeinsam mit Jurist*innen konkrete Gesetzesvorschläge für die Umsetzung erarbeitet. Es ist höchste Zeit, diesen Volksentscheid umzusetzen. Diese Forderung ist für Rot-Grün-Rot 2026 unverhandelbar. Es ist unsere Bedingung für jeden Koalitionsvertrag, den wir unterstützen.

Mieter*innen- und Arbeiter*innenkämpfe sind miteinander verschränkt, da beiden klar die Klassenfrage zu Grunde liegt. Wir dürfen sie nicht gegeneinander ausspielen. Stattdessen wollen wir lernen, diese Zusammenhänge zu benennen und entsprechend zu argumentieren.

Gerade an der Charité wurden hart erkämpfte Entlastungen für Pfleger*innen rückgängig gemacht. Und es trifft eine Berufsgruppe, die mehrfach belastet ist: durch Personalmangel, in 2026, durch wegen der Klimawandel verschärften Hitzewellen, durch zusätzliche Care-Arbeit zu Hause und durch einen antifeministischen und antidiversity Rollback im Berufsumfeld. Wir wollen keine symbolischen Balkonapplause, sondern faire Ausbildungsbedingungen, humane Arbeitszeiten und deutlich höhere Gehälter. Und weil hohe Mieten die finanzielle Belastung dieser Berufsgruppen noch weiter verschärfen, könnte die Vergesellschaftung von Wohnraum konkret ihnen zugutekommen.

Mobi für das, was zählt
Die Grüne Fraktion trotzt vor Verkehrspolitiker*innen. Unser Anspruch an sie muss sein, nicht nur die die Rückwärtspolitik der CDU aufzuholen, sondern Mobilität für alle zu gestalten. Das 9-Euro-Ticket hat die Grüne Jugend Berlin aus gutem Grund ins Wahlprogramm verhandelt. Das Ticket hat die soziale Teilhabe von Menschen mit geringerem Einkommen erwiesenermaßen verbessert. Überschneidungen unserer Forderungen sehen wir klar auch bei Fridays for Future, die seit Jahren eine grüne Verkehrswende fordern. Die Kommunikation zwischen GJ-Kreisverbänden und FFF-Ortsgruppen muss durch gemeinsame Treffen besser werden. Für Demos und kurzfristige Ankündigungen muss auf Landesebene ein klarer Kommunikationsleitfaden geregelt werden.

Bündnisse wie ‚Widersetzen' haben einen Minimalkonsens geschaffen und diverse gesellschaftliche Akteur*innen zusammengebracht, auch wenn sich Meinungen zu anderen Themen unterscheiden. Demokratie zu schützen und ihre Feinde zu bekämpfen ist für uns unverhandelbar. Ein AfD-Verbot ist überfällig und ein Verbotsprüfverfahren muss in Berlin eingeleitet werden. Hier sollte unsere Zusammenarbeit mit ‚Widersetzen' aber nicht enden. Den Rechtsruck können wir nur mit breiten Mehrheiten kontern, weshalb unser Protest auf den Straßen bleibt.

Im digitalen Raum bestimmen einige wenige, was Nutzer*innen vom politischen Diskurs zu sehen bekommen. Hier sehen wir ein immenses Ungleichgewicht an Fakten

und emotionalisierenden Bildern und Schlagzeilen. Weder vom Vertuschen von AfD-Mehrheiten in Landtagen oder Bezirksparlamenten durch Hetzkampagnen gegen Rot-Grün-Rot, noch von der Diskreditierung von Schüler*innenprotesten lassen wir uns einschüchtern. Kürzungen in Bildung und Jugendarbeit passieren weiter. Annäherungen an eine Wehrpflicht werden nicht mehr öffentlich diskutiert, sondern hinter geschlossenen Türen. Das geht nicht an uns vorbei. Als Verband mobilisieren wir zu Demos, organisieren selbst und machen auf unseren Kanälen sichtbar, was andere lieber im Stillen beschließen würden.

Antrag in einfacher Sprache

Aufbruch in Berlin

In Berlin gibt es viel neue Energie.
Viele Menschen wollen große Veränderungen.
Die Wahlen zeigen diesen Wunsch.
Wir wollen die Stadt für alle gestalten.
Das geht nur, wenn wir aktiv werden.

Unsere Haltung

Wir warten nicht ab.
Wir handeln mit viel Kraft.
Wir verbinden neue politische Mehrheiten mit unserer Arbeit.
Berlin soll allen gehören.
Das gilt für alle Menschen.

Straße und Parlament

Viele Menschen vertrauen der Politik nicht mehr.
Wir setzen auf Proteste auf der Straße.
Die Grüne Jugend verbindet Straße und Parlament.
Die Straße kontrolliert die Regierung.
Parlamentarische Arbeit soll soziale Bewegungen unterstützen.

Wir unterstützen laute und freie Proteste.
Wir unterstützen Streiks.
Wir geben jungen Menschen eine Stimme.
Wir fordern Verantwortung von den Mächtigen in Berlin.

Proteste in Europa

Viele junge Menschen protestieren in Europa.
Sie wehren sich gegen schlechte Bedingungen.
Diese Proteste sind Teil einer großen Bewegung.
Sie fragen, wem die Stadt und die Zukunft gehören.
Berlin soll diese Bewegung stärken.

Die Grüne Jugend will diese Energie nutzen.
Wir wollen mehr als nur Zeichen setzen.
Wir wollen echte Veränderungen erreichen.

Unsere Inhalte

Wir haben viel über die Zukunft gesprochen.
Wir fassen unsere Ideen in einem Beschluss zusammen.
Wir wollen aus Worten Taten machen.

Wohnen und Pflege

Wohnen ist kein Geschäft.
Pflege ist wichtig und politisch.
Das Volksbegehren Deutsche Wohnen und Co enteignen ist wichtig.
Es soll umgesetzt werden.
Das fordern wir für die nächste Regierung in Berlin.

Mieter und Arbeiter kämpfen zusammen.
Sie haben die gleiche Frage: Wer hat mehr Geld und Macht?
Wir wollen nicht, dass sie gegeneinander kämpfen.
Wir wollen lernen, wie wir das erklären können.

Kämpfe an der Charité

Die Pfleger und Pflegerinnen an der Charité haben mehr Arbeit bekommen.
Sie haben weniger Hilfe bekommen.
Sie haben wenig Personal.
Sie leiden unter Hitze durch den Klimawandel.
Sie machen viel Arbeit zu Hause für die Familie.

Sie bekommen keine guten Arbeitszeiten.
Sie bekommen zu wenig Geld.
Sie wollen keine Applaus auf dem Balkon.
Sie wollen bessere Ausbildung und mehr Geld.
Hohe Mieten machen ihr Leben schwerer.

Wir wollen, dass Wohnungen allen gehören.
Das hilft den Pflegern und Pflegerinnen.

Mobilität für alle

Die Grüne Partei will gute Verkehrspolitik machen.
Sie will nicht nur alte Fehler der CDU ausgleichen.
Sie will, dass alle Menschen gut fahren können.

Das 9-Euro-Ticket hilft Menschen mit wenig Geld.
Die Grüne Jugend Berlin hat das Ticket ins Wahlprogramm gebracht.
Fridays for Future wollen auch eine grüne Verkehrswende.

Die Grünen Jugend und Fridays for Future sollen besser zusammenarbeiten.
Sie sollen sich öfter treffen und reden.
Für Demos braucht es klare Regeln in Berlin.

Demokratie schützen

Das Bündnis ‚Widersetzen' bringt viele Menschen zusammen.
Sie haben eine gemeinsame Meinung gegen Feinde der Demokratie.
Ein Verbot der AfD ist wichtig.
Berlin soll das prüfen.

Wir wollen weiter zusammenarbeiten.
Wir wollen viele Menschen gegen Rechts sammeln.
Wir wollen auf der Straße protestieren.

Politik im Internet

Im Internet bestimmen wenige, was wir sehen.
Es gibt viele falsche und gefühlsvolle Bilder und Texte.
Wir lassen uns nicht einschüchtern.

Man versteckt AfD-Mehrheiten in Parlamenten.
Man macht schlechte Werbung gegen Rot-Grün-Rot.
Man macht Schülerproteste schlecht.

Es gibt weniger Geld für Bildung und Jugendarbeit.
Man spricht heimlich über eine Wehrpflicht.
Wir finden das nicht gut.

Wir machen Demos und zeigen, was andere verstecken wollen.
Wir wollen, dass alle das wissen.

Begründung

erfolgt mündlich